

Tagblatt.

Pränumerations-Preise

Für Paibach:

Ganzjährig . . . 8 fl. 40 fr.
Halbjährig . . . 4 " 20 "
Vierteljährig . . . 2 " 10 "
Monatlich . . . — " 70 "

Mit der Post:

Ganzjährig 12 fl.
Halbjährig 6 "
Vierteljährig 3 "

Für Zustellung ins Haus
viertel. 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 6 fr.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 104.

Freitag, 8. Mai 1874. — Morgen: Gregor.

7. Jahrgang.

Die wirthschaftliche Krise und die Regierung.

Der Reichsrath wurde gestern verlagert und die Volkvertreter, insoweit sie nicht Mitglieder österreichischer Delegationen sind, kehren in ihre Heimat, in die Mitte ihrer Wähler zurück, um dann im Herbst die legislative Thätigkeit wieder aufzunehmen. Es läßt sich nicht leugnen, daß die großen Hoffnungen, die besonders in volkwirthschaftlicher Beziehung an die Eröffnung des ersten direct gewählten Reichsrathes geknüpft wurden, sich größtentheils nicht erfüllt haben. Es wurde zwar, dem in der Thronrede aufgestellten Programme entsprechend, wornach der Reichsrath sich in erster Linie mit den Maßregeln zur Behebung der herrschenden ökonomischen Krise zu beschäftigen habe, erkleckliches geredet, Principien aufgestellt, eine stattliche Anzahl von Maßnahmen in Vorschlag gebracht, um die Kräftigung des Effectenmarktes zu unterstützen und den gewerblichen Unternehmungsgeist wieder zu beleben. Es wurden gleich im Beginne der Krisis Belehungscomités unter Bethheiligung der Regierung gebildet, es wurde die Bankacte suspendiert, die Liquidationsfrist von einem Jahre auf drei Monate reducirt, Steuer- und Gebührennachlässe bei Liquidationen bewilligt; es wurde vom Reichsrathe selbst die Steuerfreiheit für Neu-, Zu- und Umbauten erheblich erweitert, die Verzehrungssteuer für Baumaterialien aufgehoben, die Gebührenbemessung für die Fusion von Baugesellschaften ermäßigt, es wurden Eisenbahnen als Nothstandsbauten bewilligt und

schließlich die Staatsvorschußklassen in den commerciellen und industriellen Centren errichtet, zu geschweigen von dem Actiengesetze und andern Justizvorlagen, die ebenfalls die Behebung und Hintanhaltung der wirthschaftlichen Noth zum Zwecke haben.

Da dennoch während der sechsmonatlichen Thätigkeit der Reichsvertretung das geschwundene Vertrauen nicht wiederkehrte, der Gesundungsproceß keinen merklichen Fortschritt machte, so muß man die Ursachen dieser Erscheinungen nicht so sehr in den Maßnahmen selbst als vielmehr in der ungeschickten Durchführung suchen. So sind die Nothstandsbauten theils heute noch nicht im Reichsrathe erledigt, theils wurden solche Bahnlilien bewilligt, für welche sich die Kapitalien durchaus nicht in Bewegung setzen wollen. Die Creditwerbung bei den staatlichen Vorschußklassen wurde an so drückende Bedingungen geknüpft, daß deren Wirksamkeit sich schon im vorhinein vollständig gelähmt sah und thatsächlich bis jetzt beinahe gleich null geblieben ist. Die Fusionen der Banken und Baugesellschaften geriethen alsbald ins Stocken und die Anregung zur Baulust scheiterte an der ganzen unklaren Situation, die überhaupt das Vertrauen in die wirthschaftliche Kraft des Reiches, das man beleben wollte, nicht aufkommen läßt.

Angeichts dieser Sachlage erachteten es vier- undzwanzig Abgeordnete von der Linken für eine Bewissenspflicht, wenige Tage bevor sie aus dem Abgeordnetenhanse schieden, eine Interpellation an den Finanzminister zu richten betreffs der Maß-

nahmen gegenüber der Krise und deren bisherigen Erfolg, denselben zugleich an seine Aufgabe zu mahnen und insbesondere die Forderung zu stellen, die Regierung möge durch Herabsetzung des Zinsfußes der Salinenscheine das in denselben festgenannte Kapital im Betrage von beiläufig 99 Millionen der Industrie und dem verwaerlosten Marke wieder zuführen.

Der Finanzminister hat nun vergangenen Dienstag die Interpellation des Abgeordneten Wickhoff und Genossen beantwortet und dabei Gelegenheit genommen, das wirthschaftliche Programm der Regierung zu enthüllen. Eines haben die Interpellanten erreicht. Während der Finanzminister, natürlich stets in Uebereinstimmung mit der Gesamtregierung, noch geraume Zeit, nachdem die wirthschaftliche Katastrophe hereingebrochen, den Bestand einer allgemeinen Krise in Abrede stellte und nur das Vorhandensein einer Börsenkrise zugestehen wollte, spricht er nunmehr unumwunden „von der Abnahme der Conjunction und der damit verbundenen Stockung in den einzelnen Produktionszweigen, welche Handel und Gewerbe schmerzlich empfinden.“ Diese Erkenntnis ist zwar etwas spät gekommen, läßt aber doch erwarten, daß die Regierung fernerhin, wie es Herr de Pretis feierlich gelobte, „mit offenem Auge und warmem Herzen die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse verfolgen werde.“

Der Finanzminister scheint auch von seiner vor Monaten im Parlamente ausgesprochenen Anschauung, daß schon die geplante Errichtung der Vorschußklassen eine wohlthätige, beruhigende Wirkung auf Industrie

Feuilleton.

Der Reliquienschiindel.

Man hat bekanntlich in Mailand den Körper des heiligen Ambrosius und zwei andere Leichname entdeckt, welche von dem mailänder Clerus für die Ueberreste der Heiligen Gervasius und Protasius ausgegeben werden. Während man nun in Mailand Vorbereitungen zu außerordentlichen Festlichkeiten zu Ehren dieser beiden Heiligen trifft, behauptet der Clerus von Piacenza, dem es jetzt an den Geldbeutel geht, daß diese Stadt den einzig wahren Körper des heiligen Protasius und auch den Kopf des heiligen Gervasius besitzt, und die liberale Presse setzt hinzu, daß die Gebeine dieser Heiligen seit Jahrhunderten in Deutschland, Frankreich und andern Ländern gezeigt und verehrt werden.

Die „Voce della Verità“ sagt nun zur Beruhigung der frommen Seelen: „Als die Päpste am Ende des achten und zu Anfang des neunten Jahrhunderts anfangen, die Körper der Märtyrer aus den Gräbern der Kirchhöfe zu nehmen und unter den Altären der römischen Kirchen beizusetzen, ent-

stand auch anderwärts der Wunsch, solche heilige Reliquien zu besitzen, welche allen Schätzen der Welt vorgezogen wurden. Namentlich wurden solche Wünsche von den Aebten der Hauptklöster in Deutschland und Frankreich gehegt, und sie schickten ihre Mönche unter dem Vorwande frommer Wallfahrten nach Rom, um sich solcher Heiligenteiber „mit List oder Gewalt zu bemächtigen“ (zu deutsch: „zu stehlen oder zu rauben“).

Wenn daher solche Beisetzungen stattfanden, so bestachen sie die damit betrauten Arbeiter, schlichen sich nachts in die Katakomben und erbrachen die Gräber, worin man berühmte Märtyrer begraben glaubte. Darunter zeichnete sich besonders der deutsche Reichskanzler Eginhard aus. Er hatte sich nach dem Tode Karls des Großen in das Kloster Michelstadt zurückgezogen und schickte, um für die neuerbaute Kirche Reliquien zu bekommen, Mönche nach Rom ab, welche unter anderen Reliquien die Gebeine der Heiligen Marcellin und Petrus aus den Katakomben an der Via Labicana stahlen. Ebenso machten es die Aebte von St. Denis und St. Germain in Paris und der von St. Medardus in Soissons. Wenn aber solche Klosteragenten keiner Gebeine berühmter Märtyrer habhaft werden konnten, so begnügten sie

sich mit denen von weniger bekannten Heiligen oder wohl auch Unheiligen, legten ihnen aber die Namen berühmter Märtyrer bei und stellten sie der Anbetung frommer Seelen als wahre Reliquien aus, wenn sie auch nicht von den Heiligen herrührten, auf welche sie getauft worden waren. Aus diesem Grunde gibt es außer den Heiligen St. Peter und Paul keinen berühmten Märtyrer der römischen Kirche, dessen Gebeine nicht in Deutschland oder Frankreich gezeigt und verehrt wurden. Infolge dessen entstanden in den verschiedenen Ländern auch verschiedene Legenden, welche die „gesunde Kritik“ oft in Verlegenheit brachten, weil sie sich nicht mit einander in Uebereinstimmung bringen zu lassen schienen, weshalb nicht selten das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden sei. Schließlich entscheidet die „Voce della Verità“, daß die in Mailand gefundenen Leichen die Ueberreste der Heiligen Gervasius und Protasius sind, und meint, es genüge vollkommen, Gott in den Reliquien irgend eines und selbst des „am allerwenigsten berühmten“ Heiligen anzubeten und er werde diese Huldigung ebensowenig verschmähen als ein Monarch die Ehrenbezeugungen, welche man einem seiner Freunde, und wenn dieser selbst nur ein vermuthlicher Freund wäre, zu theil werden läßt.

und Handel ausübe, abgekommen zu sein. Denn nach seiner jüngst verlesenen Erklärung fängt er an die Tragweite der Krise, die in alle Lebenskreise eingegriffen, richtig zu ermessen. „Vermehrung der Creditgewährung, Förderung der Bauhätigkeit“ (darunter selbstverständlich auch Eisenbahnbauten als Nothstandsbauten betrachtet) stellt jetzt unser Schatzkanzler als die Hauptpunkte seines wirtschaftlichen Programms hin. Ferner sollen jene Maßregeln eingeleitet werden, welche geeignet sind, „die Stockung der Arbeitshätigkeit hintanzuhalten,“ falls diese wider Erwarten größere Dimensionen annehmen sollte. Auch soll, dem Wunsche der Interpellanten entsprechend, eine weitere Ermäßigung des Zinsfußes der Salinenscheine eintreten, falls trotz der bereits ins Werk gesetzten einhalbprozentigen Herabsetzung die Nachfrage nach Salinenscheinen und demnach die Vertheilung von Kapitalien nicht namhaft nachläßt.

Auch die Vorschußklassen bilden einen Theil des wirtschaftlichen Programms des Herrn de Pretis, aber die Erklärungen, die der Finanzminister über deren Wirksamkeit zum besten gab, gipfelten in der Angabe, daß die Dotation derselben 10.6 Millionen betrage und in der wohlfeilen Phrase von dem segensreichen Walten derselben. Was alle Welt interessiert hätte, eine ziffermäßige Ausführung der seitens dieser Institution bisher entwickelten Thätigkeit, vermissen wir schmerzlich in den Worten des Ministers, ein Beweis mehr, wie gering die Hilfe ist, welche Dank den engherzigen Bestimmungen von den Vorschußklassen thatsächlich gewährt werden kann. Der Minister versäumte auch nicht, dem „hohen Reichsrathe“ die Verantwortung für die bei den Vorschußklassen üblichen „Grundsätze“ zu überlassen, womit wohl die vielangefochtenen „leitenden Grundsätze“ gemeint sind. Wenn auch die praktische Wirksamkeit der staatlichen Vorschußklassen bisher eine sehr geringfügige gewesen, so ist dies kein Grund, das Gebaren derselben mit einem Schleier zu verdecken. Je offener alle den Nothstand betreffenden Thatsachen dargelegt werden, desto eher wird sich das öffentliche Urtheil berichtigen, desto wirksamer wird das Uebel an seiner Wurzel erfaßt und desto erfolgreicher bekämpft werden können.

Auch die Schlußerklärung des Ministers, die Regierung werde helfend eingreifen, sobald die Stockung der Erwerbshätigkeit größere Dimensionen annehmen sollte, ist zu allgemein gehalten und nicht geeignet, sichere Anhaltspunkte zur Beurtheilung seiner diesbezüglichen Amtswirksamkeit zu geben. „Die Regierung ist sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt,“ heißt es da, oder: „hiebei wird nach Grundsätzen vorgegangen, die den Bestimmungen des Gesetzes entsprechen“ oder endlich, die Regierung werde alles

aufbieten, was in ihren Kräften liegt, „um in getreuer Ausführung“ der im kaiserlichen Handschreiben vom 8. Februar d. J. gegebenen wohlwollenden Intentionen des Monarchen „die wirtschaftlichen Bedrängnisse zu lindern.“ Das klingt alles recht schön, aber es hängt eben alles von der thatsächlichen Ausführung selbst ab. Das Handschreiben des Kaisers ist bereits ein Vierteljahr alt und wie ist den wohlwollenden Intentionen genügt worden? Gerade seit dieser Zeit hat die wirtschaftliche Bedrängnis neue Fortschritte gemacht, ohne daß in der Gebarung der Vorschußklassen eine gelindere Praxis eingetreten, ohne daß ein beschleunigteres Tempo in der Förderung der Bauhätigkeit und demnach Abhilfe gegen die um sich greifende Arbeitsstockung zu erblicken wäre. Der Regierung sind durch die Volksvertretung ausreichende Macht- und Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, möge sie dieselben dort, wo es am meisten noth thut, in Anwendung bringen, möge insbesondere rasches und verständiges Handeln an die Stelle der bisherigen vielfachen Versäumungen und Mißgriffe treten. Die Regierung behauptet, daß sie sich der Verantwortlichkeit, die auf ihr lastet, vollkommen bewußt sei; möge sie ihr in den kritischen Verhältnissen, in der sich die wirtschaftliche Lage des Reiches befindet, vollkommen gerecht werden.

Politische Rundschau.

Salzbach, 8. Mai.

Inland. In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, der vorlegten vor der Vertagung, beantwortete der Handelsminister eine Interpellation des Abgeordneten Szj mit der Zusage, die Regierung werde im Herbst den Gesetzentwurf über den Bau der Eisenbahn Wien-Nowi vorlegen. Hierauf wurde der Gesetzentwurf betreffs des Vertrages der Südbahn bezüglich des triester Hafenbaues angenommen, ebenso die Resolution bezüglich des Ausbaues der Kronprinz Rudolphbahn bis Triest. In der Debatte über das Landwehrgesetz sprachen Brandstetter, Koser, Giska und als gewählter Generalredner Herbst gegen die Vorlage (die Errichtung eigener Cadres für die Landwehrcavallerie) aus Ersparungsrücksichten. Smolka befürwortete die Vorlage. Landesverteidigungsminister Horst erklärte, die Vorlage sei in voller Würdigung der gegenwärtigen Verhältnisse eingebracht worden. In Wahrung der Interessen der Steuerträger habe er bereits Erfolge erzielt. Er appelliere deshalb an das ihm zu wiederholten malen bewiesene Vertrauen. Der Gesetzentwurf wurde auch in der Thronrede in Aussicht gestellt; obwohl überall Friedenswind wehe, werde doch überall gerüstet. Der Minister weist nach, daß die Kosten des österr.

ungarischen Heeres sammt beiden Landwehren bedeutend niedriger seien, als die Kosten des deutschen und französischen Heeres. Das Abgeordnetenhause möge dieselbe Vaterlandsliebe beweisen, wie unlängst die Majorität des deutschen Reichstages. Das Haus beschloß hierauf einstimmig, in die Berathung des Gesetzes einzugehen.

Das Herrenhause wählte den Fürsten Vincenz Auersperg in die Delegation anstatt des ausgeschiedenen Pipitz und nahm die Gesetzentwürfe über die Anerkennung der Religionsgesellschaften, über die dalmatinische Eisenbahn und die Civilprozeßnovelle ohne Debatte an und genehmigte den Rechnungsabschluß für 1872. Auf eine Interpellation Scrinzi's antwortet der Justizminister, es werde bald möglich sein, einvernehmlich mit der ungarischen Regierung einen Gesetzentwurf betreffs des Privaterechts vorzulegen.

Wie die Presse vernimmt, hat ein Ministerrath stattgefunden, um darüber zu berathen, ob im Falle der Annahme des Antrags auf Vertagung der Landwehrrnovelle der Reichsrath nach Schluß der Delegationen noch auf circa drei Wochen wieder einzuberufen wäre. Wie weiter mitgetheilt wird, hat Landesverteidigungsminister Oberst Horst mehreren Abgeordneten gegenüber, die ihn über seine Stellung der Angelegenheit gegenüber befragten, die bestimmte Erklärung abgegeben, daß er im Falle der Ablehnung der Landwehr seine Demission einreichen würde.

Nach einer Meldung des ultramontanen „Magyar Allam“ sind gegenwärtig die hervorragendsten Mitglieder des ungarischen Episcopats in Pest versammelt, um demnächst unter dem Vorsitze des Cardinal-Fürstprimas Simor Conferenzen abzuhalten. Angeblich sollen dieselben das Gesetz über die Reform der Mittelschulen — durch welches, nach der Behauptung der Ultramontanen, die katholische Kirche hart betroffen wird — und jene Aufforderung des Kultusministers an den Episcopat zum Gegenstande haben, durch welche die Bischöfe und Aebte der jenseitigen Reichshälfte angegangen wurden, den Ausfall in dem katholischen Studienfonds zu decken. Es ist immerhin möglich, daß die ungarischen Bischöfe hierüber sich auseinandersetzen wollen, da ihr Säckel in Mitleidenschaft gezogen werden soll; es hat aber auch viele Wahrscheinlichkeit für sich, daß die transleithanischen Kirchenfürsten angesichts der in Ungarn begonnenen confessionellen Reformen diesen gegenüber Stellung nehmen und darüber gemeinsame Berathung pflegen werden.

Ausland. Das preussische Abgeordnetenhause nahm in zweiter Berathung das Gesetz über die Verwaltung von erledigten katholischen Bisthümern an; nur Paragraph 13, welcher die Temporalien Sperre der Mitglieder des Domcapitels behandelt, wurde abgelehnt, nachdem der Kultusminister die Streichung des Paragraphes der Aenderung desselben vorgezogen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt, auch außerhalb des deutschen Reiches werde die aus freiestem Antriebe des russischen Kaisers Bismarck gewährte Auszeichnung eines anberthaltstündigen Besuches als ein Act von wahrhaft politischer Bedeutung und als neues Unterpfand der fortdauernden Harmonie zwischen Rußland und Deutschland anerkannt werden.

Auch Thiers hat sich in neuerer Zeit der Auflösungsidee zugewendet und dies in einer an eine Deputation aus Chile gerichteten Ansprache offen bekant. Es ist nur schade, daß Thiers jene Enthüllungen, welche er bei dieser Gelegenheit über die Anträge machte, die ihm bezüglich der Wiederherstellung der Monarchie seinerzeit gemacht wurden, nicht in der Sitzung vom 24. Mai v. J. zur Kenntniß der Nationalversammlung brachte. Unter dem Eindrucke, welchen die offene Darlegung der monarchischen Intriguen hervorgerufen hätte, wäre möglicherweise der parlamentarische Staatsstreich gescheitert.

Es liegt ein ausführliches Telegramm über die im englischen Oberhause von Carl Russell

Ein naiveres Zugeständnis des Betruges, den die katholische Geistlichkeit seit Jahrhunderten an ihrer gläubigen Heerde verübt, ist noch nie geliefert worden, als es diese von dem Hauptorgan der Jesuiten gegebene Auseinandersetzung ist. Also durch mehr als tausend Jahre hat Rom, obwohl es denselben gekant, zu dem Scandal geschwiegen und selbst daraus ausgiebigen Nutzen gezogen! Die Geschichte wird aber einen ausgezeichneten Maßstab für den hohen Grad der durch den Clerus verschuldeten Dummheit des Landvolkes bilden, denn wir sind fest davon überzeugt, daß es jetzt noch immer in Krain, Tirol, Oberösterreich u. s. w. Leute geben wird, die an die „Reliquien“ weiter glauben.

In Turin gibts einen anderweitigen Scandal. Man schreibt von dort: „Schon seit Jahren hat die Regierung gleichgiltig zugehört, wie die Bevölkerung der hiesigen Umgegend in zahlreichen Scharen zu der unweit von hier sich befindlichen Capelle des heiligen Pancratius strömte, um dort von fanatischen Priestern und Mönchen gehezt und aufgereizt und natürlicherweise zur höhern Ehre Gottes auch angepumpt zu werden. Selbst die größten Ausschreitungen gegen die Moral und Sittlichkeit geschahen unter den Augen des erwähnten Heiligen, ohne daß er selbst oder seine Diener oder unsere Regierung etwas gethan hätten,

um diese scandalösen Auftritte, die sich jedes Jahr ereigneten, zu verhindern. Endlich heuer scheint man doch in unsern Regierungskreisen eines andern Sinnes geworden zu sein, denn ein eben erlassenes Decret des hiesigen Praefecten verbietet aufs strengste jedes Wallfahren zum heiligen Pancratius oder irgend eine Volksansammlung vor oder in dessen Sanctuarium. Daß der Heilige gegen dieses Decret, welches seinen Erwerb ungemein stark schädigt, heftig protestieren wird, darauf kann man sich gefaßt machen, ebenso auf neue Beschuldigungen und Vorwürfe von Seite der hiesigen Geistlichkeit, die schon wieder behauptet, die italienische Regierung sei von Bismarck dazu verleitet worden, „allen Heiligen den Garauz zu machen und sie von der sündhaften Erde hinwegzudecretieren.“ Ja, der schlimme Bismarck! Erst hat er mit den niedern Dienern Gottes angebunden, dann machte er sich an die Erzbischöfe und Bischöfe, jetzt will er sich wieder mit den Heiligen herumwalgen und zu allerletzt wird er sogar noch den lieben Gott aus dem Himmel jagen und Kaiser Wilhelm auf dessen Thron setzen. Es ist daher schon an der Zeit, daß die Katholiken dem wahnsinnigen Treiben dieses Mannes ein Ende machen, sonst haben wir bald eine neue Sündfluth oder gar den Weltuntergang zu erwarten! („D. Z.“)

gestellte Interpellation vor. Das, was der greise Staatsmann über die Lage Europas im allgemeinen wie über die Stellung Frankreichs und Deutschlands im besondern sagte, ist ebenso wahr als auch bereits allgemein bekannt und anerkannt. Beachtenswerth bleibt immerhin die Sympathie, welche sich in den Worten Russel's für Deutschland kundgibt. Ebenjowenig neues ergibt sich aus der Antwort Lord Derby's in bezug auf die Haltung Englands gegenüber früher oder später eintretenden Kriegseventualitäten. England wird sich in keinen Streit verwickeln lassen, an dem es kein Interesse hat, doch wird es die in den jüngsten Jahren von ihm eingegangenen internationalen Verträge als bindend betrachten, lautet die zurückhaltende, vorsichtige Antwort. Was die Versicherung Lord Derby's betrifft, daß nach den Mittheilungen aus allen Theilen Europas sein ernstlicher Anlaß zu Besorgnissen gegeben sei, so ist davon einfach Act zu nehmen.

Die „Times“ debütieren mit einer Enthüllung. Die Rede Russel's besprechend erzählen sie, Bismarck habe gelegentlich der Anwesenheit des italienischen Königs in Berlin sein Bedauern ausgedrückt, Frankreich nicht noch mehr geschwächt zu haben und habe, um einen Kriegsvorwand zu finden, den König von Italien aufgefordert, Nizza und Savoyen zurückzuverlangen. Die „Times“ bemerken, ohne die Weisheit des Königs von Italien hätten wir seit dieser Begegnung einen neuen Krieg in Europa. Schließlich constatieren die „Times“, daß keine ernstlichen Gründe zu einem Conflict zwischen Frankreich und Deutschland existieren, da beide Mächte keinen Krieg wollen.

Dem hochbetagten General Concha gebühren unzweifelhaft in erster Linie die Lorbeeren des Entsatzes von Bilbao. Concha hatte den feinen Tact, Serrano, als oberstem Commandierenden, den Vortritt bei dem Einzuge anzubieten. Serrano seinerseits hat dies abgelehnt. Mit Ausnahme carlistischer Organe hält in England und ebenso in Frankreich die Presse nicht mit ihren Glückwünschen darüber zurück, daß es der spanischen Regierung gelungen, den Carlismus in seiner Ohnmacht zu enthüllen. In der spanischen Hauptstadt werden umfassende Vorbereitungen zu einem glänzenden Empfang der Retter von Bilbao getroffen.

In Griechenland producirt jede der vier Jahreszeiten eine Ministerkrise. Im Laufe der letzten vierzehn Tage haben nicht weniger als drei Parteichefs ein Cabinet zu bilden gesucht, ohne damit zustande zu kommen. Der Constitutionalismus ist dort in der That in einen Zustand von Versumpfung gerathen.

Zur Tagesgeschichte.

— Wie hohe Zeit es war, daß der Herrlichkeit Carlos' VII. ein Ende gemacht wurde, beweisen die Berichte aus den Provinzen, in welchen sie seither ihr Unwesen ungehindert treiben können. Sie hatten sich zum Beispiel in Catalonien, wohin die madrider Regierung ihre unsäglichsten Statthalter geschickt zu haben scheint, bereits ganz häuslich eingerichtet. So schreibt ein Berichterstatter der „R. Züricher Zig.“ aus Barcelona: „Sie müssen sich vorstellen, daß die Carlisten, indem sie nicht beunruhigt werden, sich mit der Organisation ihrer gouvernementalen Verwaltung in denjenigen Gegenden beschäftigen, in welchen sie Herren sind. So gibt es Dörfer, und ich möchte selbst sagen einen großen Theil des Landes, wo man keine andere Autorität kennt als die der Carlisten, keine anderen Truppen sieht als Carlisten, keine anderen Journale erhält als carlistische, und wo man deshalb von allem, was im übrigen Spanien vorgeht, ganz und gar nichts weiß. Die Carlisten haben eine Polizei organisiert, die ganz gewiß wirksamer ist als die der Regierung und haben stiegende Armeecorps gebildet, welche den speciellen Auftrag haben, die Uebelthäter zu verfolgen. Die Landleute sind schon derart an die carlistische Herrschaft gewöhnt, daß sie nicht im Entferntesten daran denken, daß diese eines Tages ein unerwartetes Ende nehmen könnten. Die Carlisten haben mit aller Höf-

lichkeit ihre Zollstätten errichtet und die Steuern werden ihnen regelmäßig bezahlt. In allen Städten haben sie die Localbehörden ernannt und nach dem Zeugnis der Einwohner ist ihre Justizpflege rascher und besser als die der Regierung. Da die Carlisten kein Stempelpapier fabrizieren können, sind sie, um sich Hilfsquellen zu verschaffen, auf den Gedanken gekommen, sich eine gewisse Gebühr für jedes auf Stempelpapier geschriebene Document bezahlen zu lassen, so daß die Regierung selbst indirect ihnen ein Mittel schafft, Geld zu machen. Außerdem haben sie eine Poststempelgebühr eingeführt, nemlich alle umlaufenden Briefe müssen neben dem legitimen Poststempel noch den des Serenissimo Don Carlos VII. tragen. Die Postverwaltung behält solche Briefe freitlich zurück, aber es fragt sich, mit welchem Recht, da die Absender nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, wenn sie von den Carlisten gezwungen werden, sich des verpönten Stempels zu bedienen.“

— Lulu als Student. In Paris wird erzählt, der Sohn des verstorbenen Kaisers sei im Examen in Woolwich durchgefallen. Er habe bei der Prüfung die Nummer 27 erhalten, und da nur die 20 ersten Nummern des Lieutenantranges für würdig erklärt werden, so müßte er jetzt als einfacher Kadet die Schule verlassen oder ein Jahr „nachhaken.“

— Ein Meister in seinem Fache. Am 1. Mai wurde in den elysäischen Feldern zu Paris ein englischer Pick-pocket (Taschendieb) Namens John Housonius in dem Augenblicke verhaftet, als er einer Dame die Geldbörse zog. Auf dem Polizeiposten untersucht, fand er sich im Besitz von 24 Geldbörsen, die zusammen 1144 Francs 35 Centimes enthielten. Als der Gauner das Entsetzen sah, das diese aus seinen Taschen jutage geförderte Ernte hervorrief, erzählte er, daß er einmal bei einem großen Feste in London binnen einer halben Stunde 129 Portemonnaies gezogen habe. Dieser allzu gewandte Taschenspieler wurde der Polizeipräfectur übergeben.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten. Original-Correspondenz.

Weißenfels, 6. Mai. (Tod durch Ertrinken. Traurige Aussichten auf die Obsternte. Kälte.) Am 4. d. M. stürzte ein 8jähriges, ohne Aufsicht gelassenes Mädchen, die Tochter des k. k. Forstwartes, Valentin Sogor in Weißenfels, über die nächst dem Cavallarhause über den Seebach führende Brücke in das Wasser und ertrank, trotz des geringen Wasserstandes, sogleich. Es ist dieses bereits der zweite Fall an dieser Stelle, der mit dem Tode endete, und dennoch ist diese Brücke bis heute ohne Geländer, — ein eclatanter Beweis, wie weit es auf dem Lande mit der Handhabung der Sicherheitspolizei gekommen ist.

Die Zustände, welche in dieser Gemeinde herrschen, sind aber wirklich derartig, daß es nicht zu wundern ist, wenn alles außer Rand und Band geräth und die k. k. Bezirkshauptmannschaft sich in Kürze gezwungen sehen wird, gegen dieselbe mit aller Strenge vorzugehen.

Die schönen Hoffnungen auf eine ergiebige Obsternte sind schon durch die Fröste am 29. und 30. v. M. vernichtet worden und jetzt haben wir noch dazu anhaltenden Schneefall und Kälte, so daß man es im Zimmer unmöglich aushalten kann, wenn nicht den ganzen Tag das Feuer im Ofen brennt. Es wollen sich dieses jene Herren in Vorwerk nehmen, die über kurz oder lang dazu berufen sein werden, den jährlichen Bedarf an Brenn- und sonstigem Holze der hiesigen Insassen zu erheben.

— (Generalversammlung der Postmeister für Krain und Küstenland.) Die zweite Generalversammlung des Postmeistervereins für Krain und Küstenland findet am 23. M. d. J. vormittags 10 Uhr in Capodistria statt. Das Programm derselben umfaßt unter andern auch die Berathung einer Petition an das Synodalmünisterium um Entlohnung für das Amtlocale, um ein Separatpauschale für die Beheizung, Beleuchtung und Reini-

gung des Amtlocales und um die Bewilligung zur Einhebung der Fachgebühren; ferner die Berathung wegen Erlangung einer Lotterie behufs Gründung eines allgemeinen Postmeister-Pensions- und Versorgungs-fondes; endlich die Berathung, wie dem das Ansehen der Postanstalt schädigenden steten Wechsel der Postamtsleiter vorzubeugen wäre. Aus Krain dürften dieser Versammlung wenig Postamtsleiter beiwohnen, denn es haben sich bis jetzt nur erst 6 Herren, und zwar aus dem politischen Bezirke Stein, um Fahrpreisermäßigungs-Certificates bei der Vereinstleitung in „Weißenfels“ gemeldet.

— (Krankensbewegung im laibacher Garnisonsspitale.) Aus dem k. k. Garnisonsspitale ging für den Monat März über die dortige Krankensbewegung folgender Bericht ein: Ende Februar sind Kranke verblieben 95; seither sind Kranke zugewachsen 118; Summa 213. Abgang: Entlassen geheilt 118, entlassen ungeheilt 13, gestorben 3, Summe des Abganges 134. Verblieben Ende März 1874 79. Das Prozentualverhältnis der Erkrankten zum Vocoftande der Garnison war 4:6. Der herrschende Krankheitscharakter war der entzündlich-katarrhalische der Athmungsorgane. Im Monate März sind nur 3 neue Fälle von Blattern vorgekommen und waren leichten Grades; in Behandlung stehen nur 5 Individuen, welche sich im Stadium der Reconvallescenz befinden. Gestorben sind in diesem Monate 3 Kranke, 2 an Lungenentzündung und 1 an Pleurisyphus.

— (Objectives Verfahren.) Dem Bernehmen nach hat der Herr Justizminister Dr. Glaser einen Erlaß an die Staatsanwaltschaften gerichtet, in welchem er dieselben auffordert, von dem sogenannten objectiven Verfahren in Presssachen möglichst wenig Gebrauch zu machen.

— (Die Verbindung der Kronprinz Rudolfsbahn mit dem Meere.) Der Gesetzesentwurf über das neue Uebereinkommen des Staates mit der Südbahn ist vorgestern im Abgeordnetenhause angenommen worden. Eine interessante, die ganze Eisenbahnpolitik beleuchtende Debatte entspann sich über die eine der vom Referenten Abgeordneten Teuschl (Triest) empfohlenen zwei Resolutionen. Die betreffende Resolution fordert die Regierung auf, „mit thunlichster Beschleunigung und jedenfalls in der nächsten Session eine Vorlage über den auf inländischem Gebiete auszuführenden Ausbau der Kronprinz Rudolfsbahn bis Triest einzubringen.“ Der erste Paragraph des neuen Uebereinkommens mit der Südbahn constatirt, daß die letztere auf die Dauer von weiteren sieben Jahren (vom 1. Jänner 1874 an) auf ihr Borrecht verzichte, eine neue Bahn von einem Punkte der Rudolfsbahn nach Görz oder Triest oder nach einem anderen Punkte am Meere zu bauen. Derselbe Verzicht gilt auch bezüglich einer Bahn, welche von einem Punkte der tiroler Linie gegen Vorarlberg oder gegen die bayerische Grenze geführt würde. Dafür wird der Termin zur Vollendung des von der Südbahn auszuführenden Eisenbaues in Triest bis zum 31. Dezember 1878 verlängert. Die in Rede stehende Resolution bezweckt nun, nicht bloß zu erreichen, daß die Zeit des Verzichtes vonseite der Südbahn nicht wieder versäumt, sondern je eher zum Baue einer Eisenbahn verwendet werde, welche für Triest in Concurrnz mit Marseille, Genua, Venedig eine Lebensfrage geworden ist. Wenn Deutschland durch die Brennerbahn mit Italien Verbindung gesucht, Rußland durch den Bau von Bahnen nach Asien sein Absatzgebiet nach Osten zu erweitern trachtet und wenn auch Oesterreich durch die jüngst votirten Linien Troppau-Trentschin, Pilsen-Eisenstein, Gratzig-Falkenau die Grenzen anderer Länder an mehreren Punkten zu erreichen und so den internationalen Verkehr zu erhöhen strebt, so ist es einseitig und gefährlich zugleich, das „Kleinod“ Triest nur durch eine Eisenbahnlinie mit dem ganzen Hinterlande in Zusammenhang zu belassen. Der Referent, der mit hingebungsvollem Ernste und mit großer handelspolitischer Intelligenz die Bedeutung des Küstengebietes und die Interessengemeinschaft aller Reichtheile betonte, war dem opponierenden Abgeordneten Herbst gegenüber nicht unberechtigt, es auszu-

